

PC und Medien

von Gregor Mayntz

Wer an exponierter Stelle über Bundespolitik berichtet, muss aus der Perspektive mancher Leser über ein besonders ausgeprägtes seismografisches System verfügen, damit er die vielen Leitplanken politischer Korrektheit nicht nur rechtzeitig wahrnehmen, sondern die Berichterstattung daran ausrichten kann. Aus Telefonaten und Online-Kommentaren erfahren Hauptstadtkorrespondenten immer wieder, dass sie ein Thema allein danach aussuchen, ob es dem Verleger oder den Politikern im Rundfunkrat passt, dass Journalisten nur solche Zitate verwenden, mit denen sie sich wahlweise bei den Generalsekretären der CDU oder der SPD einschleimen können, und vor allem: dass sie Tatsachen vorzugsweise über „die Ausländer“ oder „die Juden“ einfach unterdrücken, um nicht gegen die allgegenwärtige „political correctness“ zu verstoßen und andernfalls ihre Jobs zu verlieren.

Tabubruch und Tabubrecher

Es wäre halbwegs amüsant, wenn diese Wortführer ironische Überspitzungen im Sinn hätten. Da sie es aber in der Regel bitterernst meinen und bei längeren Telefonaten Einblick in die Gedankenwelten ihrer außerordentlich komplex angelegten Verschwörungstheorien ermöglichen, ist es oftmals einfach nur erschreckend. Wer nun einmal die Überzeugung gewonnen hat, dass die Bundesregierung Jahr für Jahr „den Juden“ mehr als 600 Milliarden Euro auszahlt, der lässt sich nicht mit dem läppischen Hinweis abspeisen, dass der gesamte Bundeshaushalt gerade mal halb so groß ist und sich das doch irgendwo im Etat wiederfinden müsste, wenn denn etwas dran wäre. Der kommt nach unermüdlichen aber immer nur erfolglosen Versuchen, diesen „Skandal“ in die Öffentlichkeit zu bringen, zu dem scheinbar offensichtlichen Schluss, dass „die Medien“ entweder alle von „den Juden“ gekauft sind oder die Journaille hinter einem Dickicht von politischer Korrektheit gefangen ist und die wahren Dinge nicht mehr erkennen kann.

Bestätigt sehen sich PC-Verschwörungstheoretiker im Ansatz immer dann, wenn sich scheinbare oder tatsächliche Autoritäten an Türken oder Israelis abarbeiten und dafür die beliebte Chiffre „man wird ja doch mal sagen dürfen“ verwenden. Ob ehemaliger Bundesbankvorstand oder Literaturnobelpreisträger, jedesmal suggeriert der Wortführer, dass er endlich etwas zur Sprache bringt, was in der veröffentlichten Meinung gleichsam als Tabu behandelt wird und hier nun ein besonders ausgeprägter Mut beobachtet werden kann, die Regeln politischer Korrektheit gebrochen zu haben. Erstaunlicherweise führt dieser angebliche Tabubruch bei genauerem Hinsehen regelmäßig zu der Erkenntnis, dass alle Behauptungen der Tabubrecher mit Angaben aus allgemein zugänglichen Quellen belegt werden und so oder ähnlich schon oft diskutiert und im Ergebnis vom breiten Meinungsspektrum in Deutschland unterstützt, akzeptiert oder verworfen wurden.

Um es auf eine pointierte Formel zu bringen: „PC“ ist in der alltäglichen Arbeitswelt des politischen Journalismus allenfalls die Abkürzung für Personal-Computer und wie dieser eher von gestern: abgelöst von Laptop, Smartphone oder Tablet. Die neue Medienwelt, die sich nicht nur durch intelligente Technik auszeichnet, sondern auch durch verschwimmende Grenzen zwischen professionellen Berichterstattern und sozialen Netzwerken, führt gleichzeitig vor Augen, wie dringend eine Gesellschaft Orientierungspunkte als Leitplanken benötigt, wenn sie nicht an Lüge, Rufmord und Schmutz ersticken will.

PC und die neuen Medien

Mit den sozialen Netzwerken hat die politische Korrektheit eine neue Dimension gewonnen. In den herkömmlichen Medien war die Anzahl jener grundsätzlichen Orientierungspunkte überschaubar und im Pressekodex journalistischer Selbstkontrolle auch nachlesbar: Also im Wesentlichen bezogen auf Achtung der Grundrechte, Fairness gegenüber den Dargestellten und journalistische Sorgfaltspflicht. Bei Verstößen stellten nicht nur nachträgliche öffentliche Rügen durch den Presserat Sanktionen dar. Wirksamkeit entfalteten auch die Strafgesetze, mit denen sich ehrverletzende oder diskrimi-



Dr. Gregor Mayntz ist Redakteur und Berliner Korrespondent der Rheinischen Post und Vorsitzender der Bundespressekonferenz.

nierende Verstöße wirkungsvoll ahnden ließen, ohne die grundsätzliche Bedeutung der Meinungsfreiheit für eine vitale Gesellschaft zu schmälern.

Mit dem fließenden Übergang in die Welt der sozialen Netzwerke, wie sie über die Kommentarfunktionen auf den Webseiten von Medien über die klassischen „Twitter“- und „Facebook“-Kommunikationswelten bis hin zu den Parteien-Plattformen im Internet angelegt sind, stoßen Akteure auf neue Schlüsselbegriffe „politischer Korrektheit“. Nur deren genaue Kenntnis und Beachtung hilft bei der Vermeidung von „shitstorms“ überwältigender Ausmaße. Freilich fühlen sich die Protestausschläge der scheinbaren „Schwarmintelligenz“ selbst nicht an irgendwelche politisch korrekte Umgangsformen gebunden, wie die vielen ehrverletzenden, vulgären und rassistischen Beiträge belegen.

Das lässt erahnen, was die Bundeskanzlerin mit dem Begriff „Neuland“ im juristischen und auch darüber hinausweisenden Sinne gemeint haben könnte, auch wenn sie es ungeschickt und selbst shitstormauslösend formulierte. Dahinter steckt die Notwendigkeit, politisch korrekte Umgangsformen in Stil und Inhalt von den alten auf die neuen Medien zu übertragen, und sie hier wie dort nicht als Einschränkung der Meinungs- oder Ausdrucksfreiheit sondern als Ermunterung zu fairer, redlicher und sorgfältiger Kommunikation zu begreifen. ♦